

Friederike Kern / Björn Stövesand

Der Krieg und wir. Diskurslinguistische Beobachtungen zu Praktiken der Positionierung und Vergemeinschaftung

1 Einleitung

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bestimmt nun seit dem 23.02.2022 die Medien (obwohl der Krieg selbst eigentlich schon 2014 mit der Annexion der Krim durch Russland begonnen hat). Ein solches fundamentales und zutiefst erschreckendes Ereignis führt selbstverständlich sowohl im TV, in den Printmedien, auf Social Media und am Küchentisch zu Gesprächen, Diskussionen und Streit. Als ein zentrales Element solch diskursiver Auseinandersetzungen mit dem Thema ‚Krieg‘ haben wir uns mit sprachlich-kommunikativen Mitteln befasst, mit denen Sprechende/Schreibende ihre Haltung zum Krieg ausdrücken, indem sie (fiktive) Kollektive herstellen (Truang/Fischer 2023) und zur Vergemeinschaftung (Keppler 1994; Weiser-Zurmühlen 2021) einladen. Besonders anschaulich wird das an dem schillernden Gebrauch des unscheinbaren Pronomens *wir*, zum Beispiel in den beiden Fragen, um die sich viele diskursive Auseinandersetzungen drehen: Wie stehen ‚wir‘ zum Ukrainekrieg? Was steht für ‚uns‘ auf dem Spiel? Je nach diskursivem Ereignis und argumentativer Funktion können mit dieser Pluralform verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen, u. U. moralisch aufgeladenen, zugeschriebenen Eigenschaften, Rechten und Pflichten gemeint sein. Wir möchten uns in unseren ‚linguistischen Notizen‘ mit diesem und anderen Phänomenen diskursiver Kategorisierungspraxis beschäftigen und einige Beobachtungen und Überlegungen zu Praktiken der Positionierung und Vergemeinschaftung ausführen. Dabei stellen wir zwei sich gegenüberstehende Positionen anhand ausgewählter Tweets zum Krieg in der Ukraine vor und untersuchen die sprachlich-kommunikativen Mittel, mit denen sie über die Herstellung von Kollektiven ihre Positionen konstruieren und zur Vergemeinschaftung einladen.

2 Pro-Position

Wir beginnen mit einem inzwischen viel zitierten Satz aus einer Regierungserklärung von Olaf Scholz. Geäußert wurde er im Deutschen Bundestag am 24. Februar 2022:

Wir erleben eine Zeitenwende. (Regierungserklärung Olaf Scholz 2022, 8)